

Tabak-Arbeiter

Nr. 49 / Bremen, den 6. Dezember 1924

Organ des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich und ist durch alle Postanstalten zu beziehen.
— Monatlicher Bezugspreis 40 Goldmark ohne Verlegerlohn. — Anzeigenpreis 50 Goldmark für die viergespaltene Zeile. — Schluß der Anzeigenannahme und der Redaktion Montag abend. — Verantwortlicher Redakteur: F. Dahms.
— Verlag: Deutscher Tabakarbeiter-Verband, R. Reichmann. — Druck: Bremer Buchdruckerlei und Verlagsanstalt J. H. Schmalzfeldt & Co. — sämtlich in Bremen

Verbandsvorstand, Redaktion und Expedition: Bremen, An der Weide 20 I, Telefon: Amt Roland 6046. — Geld- und Einschreibsendungen an Johannes Krohn, Bremen, An der Weide 20 I. — Postfachkonto 5349 beim Postfachamt Hamburg. — Bankkonto: Bankabteilung der Großhandelsbank Deutsche Konsumvereine m. b. H., Hamburg. — Verbandsvorsitzender: R. Reichmann, Bremen, An der Weide 20 I. — Verbandsauschuß: L. Schöne, Hamburg, Besenbinderhof 57, Zimmer 4546.

Kolleginnen und Kollegen!

Am 7. Dezember sollt Ihr zum Reichstag wählen; außerdem in Preußen, Hessen, Braunschweig und Bremen zu den Landesparlamenten. Durch Eure Stimmabgabe sollt Ihr mitentscheiden, welcher politische Kurs in Zukunft gesteuert werden soll. Am Wahltag werdet Ihr den Beweis zu erbringen haben, daß Ihr aus den Erfahrungen der Vergangenheit gelernt habt und gewillt seid, der Arbeiterschaft den ihr gebührenden Einfluß auf die Geschichte Deutschlands und der Länder zu verschaffen. Die Arbeiterfeinde aller Schattierungen lassen kein Mittel unversucht, um einen Reichstag zustande zu bringen, der jedes Mitbestimmungsrecht und jeden politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Aufstieg der Arbeiterklasse unmöglich machen soll. Unermeßliche Summen Geldes wenden sie auf, um sowohl im Reich wie auch in den Ländern den von ihnen so sehr gewünschten Bürgerblock aufzurichten zu können. Bürgerblock aber bedeutet Entrechtung und Unterdrückung der Arbeiterschaft auf allen Gebieten.

Wir wollen es uns versagen, im einzelnen aufzuzählen, was für die Arbeiterschaft im allgemeinen und für die Tabakarbeiter im besonderen am 7. Dezember auf dem Spiele steht. Wer den „Tabak-Arbeiter“ in den letzten Wochen aufmerksam gelesen hat, muß wissen, um was es sich handelt. Am Wahltag gilt es nun, die gewonnene Erkenntnis zur Tat werden zu lassen. Alle wahlberechtigten Kolleginnen und Kollegen müssen zur Wahl gehen und sozialdemokratisch wählen, weil die Sozialdemokratische Partei die einzige Partei ist, die gewillt ist, auf dem Boden der Republik mit den Waffen der Demokratie die Forderungen der freien Gewerkschaften zur Anerkennung zu bringen.

Die Tabakarbeiter gelten von jeher als die Pioniere der Arbeiterbewegung. Aus ihren Reihen sind Führer hervorgegangen, deren Namen in der Arbeiterschaft immer einen guten Klang haben und in keiner Geschichte der Arbeiterbewegung fehlen werden. Ihrer treuen Pflichterfüllung im Dienste des Proletariats gilt es nachzueifern. Wahret am 7. Dezember den alten guten Ruf der Tabakarbeiter und wählt sozialdemokratisch!

Für den Sozialismus!
Für die Demokratie!
Für die Republik!
Für die Völkerverständigung!
Für den Achtstundentag!

Gegen den Kapitalismus!
Gegen die Diktatur!
Gegen die Monarchie!
Gegen den Krieg!
Gegen den Brotwucher!

Gewerkschaftsantwort an Unternehmerverbände.

Die Spitzenorganisationen der Arbeitgeber versuchen seit der Reichstagsauflösung dem deutschen Volk zu beweisen, daß die heutige wirtschaftliche Lage die Abkehr von der seit Jahren in Deutschland eingeschlagenen sozialen Richtung bedingt.

In einer gemeinsamen Rundgebung suchen der Reichsverband der Deutschen Industrie und die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände eine Preis- und Lohnpolitik zu rechtfertigen, die notwendigerweise die schwersten Wirtschaftskämpfe nach sich ziehen muß. Ausgehend von der Schilderung der durch den Krieg und die Nachkriegszeit verursachten Notlage unseres Volkes wendet sich die Rundgebung gegen die bisherige Steuer-, Verkehrs- und Sozialpolitik des Reiches und gegen jede internationale Bindung auf dem Gebiete der Arbeitszeit. Man fordert durchgreifende Erleichterung der die Unternehmungen unmittelbar treffenden Steuern und Verkehrsstarife, die restlose Wiederherstellung der Vorkriegsarbeitszeit und Verhinderung jeder Lohnsteigerung. Die Erfüllung dieser Forderungen machen die Arbeitgeber zur Voraussetzung für ihre Mitarbeit beim Preisabbau.

Die Spitzenorganisationen der Arbeitnehmer erleben gegen das Vorgehen der deutschen Arbeitgeber entschiedensten Protest. Industrie und Handel sind durch Wiederaufichtung unierer

Zollhoheit im Westen von erheblichen ausländischen Konkurrenzschwierigkeiten befreit, die Belastungen durch die Micum-Verträge sind in Fortfall gekommen und die Reparationsleistungen werden im laufenden Jahre durch die Mittel der Anleihe gedeckt.

Alles dies zeigt, daß die deutsche Industrie jetzt unter erheblich günstigeren Verhältnissen arbeiten kann als vor Schaffung dieser Erleichterungen. Daß sie sich trotzdem zu dieser Rundgebung verstanden hat, beweist, in welchem geringen Umfange bei ihr Verständnis für die gerechte Forderung der Arbeitnehmer auf gleichmäßige Verteilung der zu tragenden Lasten vorhanden ist.

Die Gewerkschaften stellen fest, daß alle bisherige steuerliche Erleichterung, auch die Anfang Oktober vorgenommene Herabsetzung der Umsatzsteuer von 2½ auf 2 Prozent, und die Ermäßigung der Frachtsätze sich bisher in keiner Weise preis-senkend ausgewirkt haben. Die hierdurch gewonnenen Beträge sind allein den deutschen Unternehmern zugute gekommen.

Die deutschen Arbeitgeber haben sich während der Inflation, indem sie die Steuern in völlig entwertetem Gelde zahlten, der Steuerleistung entzogen. Den größten Teil der Steuern trugen die Arbeitnehmer infolge der einseitig belastenden Lohnsteuer.

Die Arbeitgeber verstanden auch bei der Sanierung der Währung sich frühzeitig schadlos zu halten, indem sie durch hohe Goldpreise den Konsum in der ungeheuerlichsten Weise belasteten, durch Massenentlassungen die Arbeiter und Angestellten der Arbeitslosigkeit überlieferten, die Arbeitszeit verlängerten und die Löhne herabsetzten.

Alle Lasten der Deflation wurden auf die Arbeitnehmer abgewälzt, ohne daß dadurch eine Senkung des Preisniveaus eintrat. Die Kaufkraft der Löhne und Gehälter hat sich beständig verringert.

Während sich für die deutschen Arbeitgeber die Lage durch die Festigung der Mark geklärt und durch Steuererleichterungen gebessert hat, fordern sie jetzt neue Vergünstigungen und bedrohen im Gegensatz dazu die Arbeitnehmer mit weiterer Verschlechterung ihrer Lage durch Verlängerung der Arbeitszeit und durch vermehrten Lohndruck.

Mit Nachdruck wenden sich die Gewerkschaften gegen die Behauptung der Industrie, daß eine schematische Verkürzung der Arbeitszeit und ein Hinanstreben der Löhne an der Verteuerung der Produktion schuld seien. Das Gegenteil davon ist erwiesen. Die Arbeitszeit ist seit Jahresfrist schematisch verlängert worden, ohne jedes wirkliche Bedürfnis der Wirtschaft. Die Löhne sind weit unter Friedensstand herabgesetzt, ohne daß eine merkliche Senkung des Preisniveaus eingetreten wäre.

Die Gewerkschaften verlangen eine Arbeitszeit, die ohne dauernden Nachteil der Gesundheit geleistet werden kann und Raum läßt für die Mitarbeit aller Arbeitsfähigen, und einen Lohn, der den deutschen Arbeiter nicht tief unter den Stand aller Produktionsländer herabdrückt, sondern ausreichend ist für die Erneuerung der körperlichen, geistigen und gesellschaftlichen Lebensbedingungen.

Inbesondere ist die Aufrechterhaltung der Zwölfstundenschichten in der Schwerindustrie, in denen die Arbeiter unter hohen Temperaturen, Dünsten, Dämpfen oder chemischen Einflüssen leiden, unerträglich mit den Vorbedingungen einer gesunden Wirtschaft, die nicht zuletzt auf einer gesunden und arbeitsfreudigen Arbeiterschaft beruhen.

Dieses System muß zu schweren Wirtschaftskrisen führen, da die Arbeiter dieser Betriebe sich nicht dauernd zu solcher mörderischen Arbeitsweise verklären lassen.

Die sofortige Einstellung des Dreißtstundensystems in diesen Industrien haben die Gewerkschaften mit dem dringendsten Geboten. Im übrigen haben die deutschen Arbeiter ein gesetz-

liches Recht auf den Achtstundentag. Auch das Washingtoner Abkommen hat der Arbeiterschaft dieses Recht zuerkannt. Die deutschen Gewerkschaften verlangen daher, daß die Reichsregierung ihre wiederholt angekündigte Absicht, dieses Abkommen zu ratifizieren, ausführt.

Die Gewerkschaften sind sich völlig einig, Deutschland wirtschaftlich stark zu machen und so bald als möglich von den ihm auferlegten Lasten zu befreien. Der Weg zu diesem Ziel ist aber ein anderer als der der Arbeitgeberschaft, die im Vollgefühl ihrer wirtschaftlichen Macht die Arbeitnehmer durch ein Diktat zur alleinigen Tragung der Lasten zwingen will. Die Gewerkschaften müssen verlangen, daß die Arbeitgeber ihren Teil der Lasten auf die eigene Schulter nehmen, und daß das Höchstmaß an persönlicher Leistung, das von jedem erwartet werden muß, durch eine nicht auf Raubbau eingestellte Arbeitszeit- und Lohnpolitik gesichert wird.

Die Arbeiter und Angestellten werden sich weder durch Versprechungen noch Drohungen in der Vertretung ihrer gewerkschaftlichen Grundsätze und Errungenschaften beirren lassen. Sie wissen, daß starke Gewerkschaften den besten Schutzwall bilden gegen die wahrlich nicht auf papierne Kundgebungen beschränkten arbeiterfeindlichen Absichten des Unternehmertums.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.

Allgemeiner freier Angestelltenbund.

Gewerkschaftsring Deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände.

Gewerkschaften und Schutzölle.

Von Dr. Rudolf Hilderding.

Genosse Dr. Rudolf Hilderding hat Ende Oktober vor einer Konferenz von Gewerkschaftlern und Mitgliedern des Reichswirtschaftsrats einen Vortrag über Schutzölle gehalten, den wir den Mitgliedern unseres Verbandes auszugsweise zur Kenntnis bringen wollen. Die Ausführungen Hilderdings sind gerade jetzt von besonderer Bedeutung, weil die Schutzölfrage auch bei den Wahlen am 7. Dezember eine nicht untergeordnete Rolle spielt.

Weder die Sozialdemokratische Partei noch die Gewerkschaften sind in Fragen der Handelspolitik dogmatisch gebunden, weil beide seither einen entscheidenden Einfluß auf die Handelsverträge und die Zolltarifberatungen nicht hatten. Es gilt jetzt, die in den letzten Jahren geübte Hochschuttpolitik abzubauen, die der Entfaltung der deutschen Wirtschaft hinderlich geworden ist. Unsere Stellungnahme zum Schutzoll muß geleitet sein von den Interessen der arbeitenden Klasse, die in erster Linie als Produzent auftritt und darüber hinaus auch Konsumenteninteressen zu wahren hat.

Der Agrarzoll belastet die gesamten industriellen Produktionskosten und löst ganz zwangsläufig den industriellen Schutzoll aus. Die Industrieölle verteuern die landwirtschaftliche Produktion und sind deshalb abzulehnen. Nicht eine einzige Zollposition kann aus dem gesamten Zollsystem herausgenommen und für sich behandelt werden, denn der deutsche Zolltarif ist etwas Zusammenhängendes; eine Position wirkt auf die andere ein. Der Agrarzoll steigert den Tauschwert des Grund und Bodens und verteuert damit künstlich die auf ihm erzeugten Produkte. Vorteil davon haben nur die augenblicklichen Bodenbesitzer, die eine besondere Grundrente einziehen, während der nächste Käufer des Grundstückes einen höheren Preis zahlen muß. Dieser Käufer hat also bereits höhere Produktionsbedingungen und verlangt wegen mangelnder Rentabilität erneut erhöhten Schutzoll. Der Schutzoll hindert zugleich jede Siedlungspolitik und eine intensive Bodenbewirtschaftung. Die Ursache der diesjährigen Agrarkrise bis zum August bestand in den hohen Preisen für Industrieprodukte und den außerordentlich geringen Preisen der Agrarprodukte, die in neuerer Zeit fast völlig ausgeglichen sind. Deshalb bedarf die deutsche Landwirtschaft des Zollichthums nicht.

Weltwirtschaftlich gesehen ist in der Agrarwirtschaft eine völlige Umhellung eingetreten. Im letzten Jahrzehnt vor und während des Krieges zogen alle Preise für Agrar- und Rohstoffe ununterbrochen an, trotzdem die Anbauflächen in Argentinien, Kanada und Nordamerika erheblich vergrößert wurden. Den amerikanischen Farmern wurden während des Krieges Mindestpreise garantiert, die Landwirtschaft rentierte und dehnte sich infolgedessen aus. Seit Kriegsende mangelnde Kaufkraft in Europa, senkten sich die Preise für Agrarprodukte in Amerika. Die amerikanischen Farmer drängten auf Ausfuhr und sind heute die wichtigsten Verkäufer des Freihandels. Rußland exportierte vor dem Kriege große Getreidemengen; Deutschlands Einfuhr kam zu etwa 83 Pzt. aus Rußland. Die russische Ausfuhr war stets nur Hungerelexport, den auch nur der Großerundbelist

zu leisten vermochte. Dieser Großbesitz ist nicht nur in Rußland, sondern in allen südosteuropäischen Staaten durch Revolution und Agrarreform zerschlagen. Der Kleinbesitz wirtschaftet nicht rationell und ist daher nicht exportfähig. Deshalb scheidet der Export aus diesen Agrarstaaten für Europa fast aus. In der amerikanischen Landwirtschaft steigt der Lebensstandard der Landwirte andauernd, damit erhöhen sich die Produktionskosten, und als weitere Folge ist auf unabsehbare Zeit mit gesteigerten amerikanischen Lebensmittelpreisen zu rechnen, die rückwirken auf die Preise für deutsche Produkte. Der Agrarzoll wirkt stets als ursprünglicher Teuerungsfaktor und ist deshalb abzulehnen.

Die Industrieölle wirkten vor hundert Jahren in Deutschland als Erziehungsölle, doch in der heutigen Kartell- und Trustwirtschaft erzwingen sie die vertikale Vertrustung und fördern die Monopolstellung der Industrie, verschaffen ihr insbesondere eine besondere Kapitalrente. Die Dumpingwirtschaft im Auslande wird damit ermöglicht, wogegen sich das Ausland wiederum durch Zollmauern zu schützen sucht.

In der Vorkriegszeit erhob Deutschland z. B. 10 M pro Tonne Eisenzoll. Italien konnte dadurch deutsche Halbzeugfabrikate zu 57 Pzt. der in Deutschland üblichen Preise kaufen, und auch der englische Schiffbau kaufte um etwa 30 Pzt. billiger. Industrieller Schutzoll verteuert heute die gesamte Produktion lediglich zugunsten einiger Kartelle und hindert die intensive Ausnutzung der Fertigwarenindustrie, auf die Deutschland angesichts der Reparationen ganz besonders angewiesen ist. Ein Vergleich mit anderen Industrieländern beweist, daß dort der Freihandel der Fertigindustrie außerordentlich günstig gewesen ist, weil er sie gleichzeitig zur Nationalisierung infolge andauernder Konkurrenz anpeitschte. Die rückständige deutsche Industrie wird nur durch den frischen Luftzug der ausländischen Konkurrenz gereinigt werden können.

Im Gegensatz zu Deutschland scheiden die amerikanischen Trusts alle unrentablen Betriebe aus, während die deutschen Kartellpreise diktiert werden von dem am schlechtest rentierenden Betriebe.

Als Finanzzoll kommt der Schutzoll kaum in Betracht, denn dem Staatshaushalt wurden zumeist ganz unbedeutende Summen aus den Zöllen zugeführt. Pro Kopf der Bevölkerung waren in der Vorkriegszeit jährlich 20 M Kornzoll zu leisten, das waren fast 10 Pzt. vom Jahreseinkommen einer Familie. Die Grundbesitzer haben von diesen ungeheuren Beträgen fast 80 Pzt. als erhöhte Grundrente erhalten.

Die deutschen Gewerkschaften stehen in der Zollfrage augenblicklich vor schweren Entscheidungen, weil sie befürchten müssen, daß ohne Zollschutz bestimmte, nicht leistungsfähige Industriezweige stillgelegt werden könnten. So z. B. könnte der Mansfelder Kupferbergbau durch Zoll geschützt werden, aber die Verteuerung aller elektrotechnischen Produkte wäre die Folge, die wir wiederum angesichts der Auslandskonkurrenz und weil wir auf den Weltmarkt müssen, einfach nicht ertragen können. Dasselbe trifft zu auf den Textilrohstoffzoll, durch den die gesamte Bekleidungsindustrie belastet, die Inlandspreise in die Höhe getrieben und der Außenhandel ausgeschaltet würde.

Die partikularistischen Interessen einzelner Industriezweige müssen deshalb hinter die allgemeinen wirtschaftlichen Interessen zurücktreten. Wird eine konkurrenzunfähige Industrie durch hohen Zoll geschützt, dann ist die Existenz aller Betriebe in dieser Industrie durchaus nicht gesichert, denn der Ueberpreis gestattet den Kapitalkräftigeren die Einführung vervollkommener Maschinen, und damit zerschlägt man zugleich die weniger leistungsfähigen Unternehmungen und verhindert keineswegs die Arbeitslosigkeit.

Von der deutschen Stellungnahme wird es abhängen, ob bei den bevorstehenden Handelsvertragsverhandlungen die Bahn für die freie Verkehrswirtschaft in der Welt geebnet wird. Entscheidenden sind dabei die Verhandlungen, die Deutschland mit Frankreich zu führen hat. In England hat die Arbeiterregierung einige Schutzölle bereits abgebaut und sich für freihändlerische Handelspolitik entschieden.

Sering, der bedeutende Agrarwissenschaftler und Befürworter des Agrarzolls, wandte sich vor einigen Wochen auf dem Kongreß des Vereins für Sozialpolitik in Stuttgart gegen Agrar- und Industrieölle. Das gewerkschaftliche Gesamtinteresse erfordert die Steigerung der gesamten Produktion durch freihändlerische Gestaltung der Handelspolitik.

Lohn- und Tarifbewegungen.

Aus der Zigarettenindustrie.

Bremen. Mit Wirkung vom 24. November an wurden die bis dahin im Durchschnitt um 10 Prozent erhöht.

Aus der Zigarrenindustrie.

Allgemein verbindlich erklärt

wurde der am 12. Oktober 1924 in Kraft getretene Nachtrag zum allgemein verbindlichen Reichstarifvertrag vom 27. Februar 1924 mit Wirkung vom 12. Oktober 1924 an.

Der RDZ. schreibt.

Unterm 1. Dezember hat der RDZ. dem Vorstand unseres Verbandes folgende Mitteilung gemacht:

Wir haben Ihnen Ende der vorigen Woche noch nicht im Anschluß an unser Schreiben vom 21. v. M. geschrieben, weil die Stellungnahme einiger Bezirksgruppen noch ausstand, was wohl darauf zurückzuführen ist, daß in diesen Bezirksgruppen erst Sitzungen stattfinden. Wir haben am Freitag bereits telegraphische Stellungnahme angemahnt, leider haben sich aber bis zum Augenblick auch noch nicht alle Bezirksgruppen geäußert. Wir erwarten aber die letzten Äußerungen spätestens morgen Abend und werden Ihnen dann sofort schreiben.

Wenn die Antwort des RDZ. auf die Lohnforderung der Tabakarbeiterverbände vorliegt, wird der Vorstand des Verbandes die Gauleiter und Beiratsmitglieder unseres Verbandes sofort unterrichten.

„Die Tabakwelt“ und die Lohnbewegung der Tabakarbeiter.

In Ihrer Nummer 48 unterrichtet „Die Tabakwelt“, das Organ des Verbandes der Deutschen Zigaretten-Industrie, ihre Leser über die Lohnbewegung der Tabakarbeiter in der Zigarrenindustrie. Im Anschluß hieran fragt sie dann:

Was würde übrigens der „Tabak-Arbeiter“ wohl sagen, wenn der Spezialhandel mit Tabakwaren jetzt den Spieß einmal umkehrt und über die Lohnforderungen der Tabakarbeiter räsonnierte? Wäre das nicht ebenso berechtigt wie die immer wiederkehrenden lehrhaften Deklamationen des „Tabak-Arbeiters“ über Parasitenwirtschaft, zu hohe Händlergewinne und sonstiges?

Wir möchten nur wissen, wer der „Tabakwelt“ dieses Ruckucksei ins Nest gelegt hat. Daß „Die Tabakwelt“ kein Verständnis für Lohnbewegungen der Tabakarbeiter aufbringt, wundert weiter nicht; daß sie uns aber wegen unserer Stellungnahme zu den hohen Händlergewinnen angreift, überrascht doch einigermaßen. Wir denken nämlich daran, daß „Die Tabakwelt“ vor einiger Zeit in Ihrer Nummer 41 einen Artikel brachte, der sich mit der Schleuderei im Tabakgewerbe beschäftigte und über die Höhe des Händlergewinns so zutreffende Ausführungen machte, daß wir uns verpflichtet fühlten, sie den Mitgliedern unseres Verbandes auszugsweise zur Kenntnis zu bringen. Was hat nun den schnellen Umschwung in der Meinung der „Tabakwelt“ verursacht, die Angst vor der Händlerschaft oder die Befürchtung, die Löhne der Tabakarbeiter könnten so hoch werden, daß sie mit den Händlergewinnen vergleichbar wären? Vorläufig stehen die Dinge noch so, daß der Händler für den Verkauf einer Zigarre weit mehr bekommt als der Zigarrenarbeiter für die Herstellung derselben.

Aus der Raufabakindustrie.

Allgemein verbindlich erklärt

wurde der Nachtrag 2 vom 14. Oktober 1924 zum allgemein verbindlichen Tarifvertrag vom 10. Januar 1924 für Nordhausen, Salza, Wurfried und Schwinge mit Wirkung vom ersten Lohnzahlungstag nach dem 12. Oktober 1924 an.

Aus der Rauch- und Schnupftabakindustrie.

Allgemein verbindlich erklärt

wurde die am 24. September 1924 abgeschlossene Lohnvereinbarung (Nachtrag zum allgemein verbindlichen Reichstarifvertrag vom 3. Dezember 1923) mit Wirkung vom 18. September 1924 an.

Verlängerung der Geltungsdauer des Reichstarifvertrages.

Die für das Rauchtobak- und Schnupftobakgewerbe angelegten Tarifverhandlungen fanden am 29. und 30. November in Berlin statt. Die zwischen Unternehmer- und Arbeitervertretern stattgefundenen Auseinandersetzungen wurden trotz aller Schärfe in voller Sachlichkeit geführt. Noch am Abend des 29. November, als die Parteien sich trennten, schien es, als sollten auch diesmal die Verhandlungen wieder resultatlos verlaufen. Erst im Laufe der am 30. November geführten Verhandlungen kamen sich die Parteien näher. Das Ergebnis der zweitägigen Verhandlung ist die nachstehend aufgeführte Vereinbarung:

„1. Der Reichstarifvertrag vom 3. Dezember 1923 wird ab 1. Dezember 1924 bis 31. Oktober 1925 verlängert. Er ist mit sechswöchiger Frist kündbar. Erfolgt eine Kündigung nicht, so läuft er jeweils ein Jahr weiter.

2. § 2 Abs. 1 in der Fassung der Vereinbarung vom 16. März 1924 bleibt unverändert aufrechterhalten. Bei Inkrafttreten eines neuen Arbeitszeitgesetzes kann diese Bestimmung unter Einhaltung einer vierwöchigen Kündigungsfrist gekündigt werden.

3. § 4 Abs. 1 Satz 2 des Reichstarifvertrages wird wie folgt geändert:

Der Mindestlohn beträgt für Arbeiter

im Alter bis zu 15 Jahren 13 Reichspf.,
von 15 bis 16 Jahren 17 Reichspf.,
von 16 bis 18 Jahren 23 Reichspf.,
von 18 bis 20 Jahren 27,5 Reichspf.,
von 20 bis 24 Jahren 33,5 Reichspf.,
über 24 Jahre 40 Reichspf.,
für alle verheirateten Arbeiter 45,5 Reichspf.

Für Arbeiterinnen

im Alter bis zu 15 Jahren 12 Reichspf.,
von 15 bis 16 Jahren 14,5 Reichspf.,
von 16 bis 18 Jahren 19 Reichspf.,
von 18 bis 20 Jahren 23 Reichspf.,
über 24 Jahre 28 Reichspf.

Die Lohnregelung gilt bis zum 31. Januar 1925. Von da ab bis auf weiteres und ist von da ab mit einer 14 tägigen Frist kündbar.

4. Ueber Anträge auf Versetzung von Orten in andere Ortsklassen ist im Laufe des Monats Januar 1925 zu verhandeln. Versetzungen wirken erst von dem Tage ab, an welchem sie erfolgen. Derartige Versetzungsanträge dürfen nicht zum Zweck der mittelbaren Erreichung einer allgemeinen Lohnveränderung gestellt werden.“

Die für die verschiedenen Ortsklassen sich ergebenden Stundenlöhne werden mir im nächsten „Tabak-Arbeiter“ veröffentlichten.

Die Unternehmer gegen die Sozialpolitik.

In der vorigen Nummer dieser Zeitung konnten wir ein vertrauliches Schreiben des Herrn von Borstlög mitteilen, worin die Unternehmer zur Leistung von Wahlbeiträgen aufgefordert wurden. Jetzt sind wir in der Lage, eine programmatische Erklärung der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, e. V., zu den Wahlen zur Kenntnis der Mitglieder unseres Verbandes zu bringen. Die Erklärung hat folgenden Wortlaut:

Die Industrie und ihre Verbände werden zurzeit im Hinblick auf die bevorstehenden Reichstagswahlen von den verschiedenen Parteien um erhebliche Geldleistungen angegangen. Die Zusicherung einer Gegenleistung hierfür wird meistens nicht gegeben, auch in präzipitierter Form von den geldgebenden Industriellen bzw. Verbänden, soweit uns bekannt geworden ist, nicht verlangt. Von verschiedenen Seiten aus Mitgliedskreisen, Verbänden und Firmen ist an die Vereinigung die Anregung und Aufforderung gerichtet worden, doch der deutschen Arbeitgeberschaft einige Unterlagen und richtunggebende Punkte für das Zusammengehen mit den Parteien und für den Wahlkampf überhaupt zu geben, zumal auch der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund klare Parole herausgegeben hat. Auch auf den Wahlruf des Reichslandbundes machen wir aufmerksam. Wir betonen, daß die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände nach wie vor gewillt ist, überparteilich zu arbeiten, daß sie es aber als ihre Pflicht ansieht, die Arbeitgeberschaft aufzufordern, diejenigen Parteien, welche gegen die grundsätzliche Auffassung der deutschen Wirtschaft arbeiten und eingestellt sind, zu bekämpfen, sowohl materiell wie ideell. Deshalb meinen wir, daß die Unterstützung einzelner Abgeordneten und Parteien vom folgenden allgemeinen Gesichtspunkte getragen werden müßte:

Die Wahl am 7. Dezember ist entscheidend für die ganze weitere Entwicklung des Volkes, des Staates und der Wirtschaft. Es geht um den Kampf zwischen internationalistischer Weltanschauung und dem Streben einer Erklarung nationaler Staats- und Wirtschaftsauffassung, um einen Kampf zwischen nichtdeutschem und deutschem Denken. Der deutschen Arbeitgeberschaft — sie mag positiv eingestellt sein wie sie will — ist hiermit die Bitte für den Wahlkampf gegeben. Es geht bei dem Schicksalskampf der deutschen Wirtschaft um die Frage, ob nach Annahme des Dawes-Gutachtens innenpolitisch die zu dessen Durchführung und zur Gesundung der Wirtschaft als notwendig erkannten Maßnahmen auch tatsächlich durchgeführt werden. Daraus ergibt sich die Bitte der deutschen Arbeitgeberschaft an die Führer ihrer Verbände in erster Front zu stehen und ideell wie finanziell jeder Partei und jedem Abgeordneten zu helfen, der diese Fragestellung erkannt hat und mit uns an der Lösung mitarbeiten will. Man soll aber von der Industrie und dem Gewerbe nicht erwarten können, daß sie eine Wahl finanzieren helfen, von der sie nicht die Ausrüstung haben, daß die Grundlagen einer gesunden und nationalen Wirtschaft hierbestanden erkannt sind und entsprechend gewürdigt werden. Daher ist es notwendig, daß die Arbeitgeberschaft und ihre Verbände sich zentral sowohl wie bezirklich und örtlich mit den Parteien und ihren Geschäftsführern, wie auch mit den einzelnen Abgeordneten, soweit dies nicht geschehen ist, sofort in Verbindung setzen, um deren Grundeinstellung zu erfahren.

Die Industrie hat schon genug Geld gegeben im Staats- und Allgemeininteresse, ohne jede Gegenleistung zu verlangen. Wir haben bisher in der Vereinigung und unseren Mittellieds-Verbänden stets den Grundgedanken vertreten, daß wir das Industrieinteresse heute am besten wahrnehmen, wenn wir uns für einen starken Staat einsetzen. Wir können daher verlangen, daß im Rahmen des Staats- und Allgemeininteresses die bürgerlichen Parteien und ihre Abgeordneten sich von uns und unseren Mittelliedsverbänden vorgebrachten Forderungen auf sozialpolitischem Gebiete nicht verschließen. Kein Abgeordneter dürfte sich bei Anerkennung dieser Grundzüge etwas vergehen.

Frauenarbeit in Deutschland.

Von Hanna Herz.

Tiefgreifende Wandlungen in Wirtschaft und Kultur pflegen auch die Stellung der Frau in der Gesellschaft nicht unberührt zu lassen. Ein großer Teil der weiblichen Bevölkerung ist durch die neuzeitliche wirtschaftliche Entwicklung aus seinem bisherigen Arbeitsgebiet, dem Hause, verdrängt und in die volkswirtschaftliche Produktion hineingezogen worden. Die Frauenberufsarbeit ist allmählich von einschneidender Bedeutung für Familie, Volk und Staat geworden.

Das Anwachsen der Frauenberufsarbeit bedingt naturgemäß eine Umformung im Organismus des Wirtschaftskörpers, die zunächst nicht ohne Erschütterung und innere Reibung vor sich geht, doch kann die Gesellschaft heute nicht mehr auf die wirtschaftliche Mitarbeit der Frauen verzichten. Nach der Berufszählung im Jahre 1907 war der Anteil der weiblichen Erwerbstätigen an der Gesamtbevölkerung von 24 Prozent im Jahre 1882 auf 30,4 Prozent gestiegen, während der Anteil der Männer für den gleichen Zeitraum nur von 60,6 auf 61,1 Prozent gestiegen war, doch läßt diese Erscheinung keineswegs auf eine Verdrängung des Mannes durch die Frau schließen. Die Berufsarbeit des Mannes konnte nur zunehmen im Verhältnis zum Bevölkerungszuwachs überhaupt. Ein stärkeres Wachstum war nicht möglich, weil schon nach den früheren Zählungen fast die gesamte erwachsene männliche Bevölkerung am Erwerbsleben teilnahm. Dagegen ermöglichte die große Zahl der berufslosen Frauen den starken Aufstieg der weiblichen Erwerbsziffer.

Bereits 1907 war in allen Berufsgruppen ein erhebliches Vordringen der Frauenarbeit zu verzeichnen, hauptsächlich in der Textil- und Nahrungsmittelindustrie, im Gastwirts- und Handelsgewerbe. Im Handelsgewerbe wurden im Jahre 1907 rund 545 000 weibliche Erwerbstätige festgestellt, das bedeutet eine Steigerung des Anteils der weiblichen Erwerbstätigen an der Gesamterwerbsziffer von 20,9 Prozent im Jahre 1882 auf 31,3 Prozent, in der Textilindustrie waren im Jahre 1907 rund 528 000 Frauen beschäftigt, was einer Steigerung von 33,1 auf 50 Prozent entspricht.

Dagegen gelang es den Frauen nicht so schnell, in die großen Industrien vorzudringen; im Baugewerbe, Maschinenbau, Eisenbahnwesen, Bergbau, in der Metallverarbeitung kamen im Jahre 1907 auf je 100 Männer nur etwa 1—6 Frauen, ja bis zum Ausbruch des Weltkrieges war die Frauenarbeit in den entscheidenden Industrien von keiner wesentlichen Bedeutung.

Leider fehlt seit dem Jahre 1907 eine umfassende Berufszählung. Die Berufszählung vom 1. Dezember 1916 ist äußerst unzulänglich, weil sie nur auf Reichsdeutsche und auf Personen der Altersklassen, die für das Hilfsdienstgesetz in Frage kamen (Männer von 14 bis 60 Jahren, Frauen von 14 bis 47 Jahren) beschränkt war und die Hausangestellten ausnahm. Will man die weitere Entwicklung der Frauenarbeit bis in die letzten Jahre verfolgen, so stehen neben vielen Teiluntersuchungen in der Hauptsache nur die Zahlen der Krankenkassen und die Berichte der Arbeitsnachweise zur Verfügung, die aber einzeln genommen und bei oberflächlicher Betrachtung ein nur ungenaues Bild der weiteren Entwicklung der Frauenberufsarbeit vermitteln.

Diesem Mangel der neueren Statistiken sucht Anna Geyer mit ihrer verdienstvollen Schrift „Die Frauenerwerbsarbeit in Deutschland“ *) abzuwehren, indem sie einen großen Teil der bisher veröffentlichten Erhebungen einer eingehenden Betrachtung unterzieht und zu brauchbaren Schlüssen zu kommen sucht.

Es ist äußerst lehrreich, an Hand dieser Bearbeitungen die weitere Entwicklung der Frauenberufsarbeit in Deutschland zu verfolgen. Bis zu Beginn des Weltkrieges zeigt sich unverkennbar eine weitere Zunahme der weiblichen Erwerbsarbeit. Dagegen brachten die ersten Kriegsjahre nach den Ziffern der Krankenkassen einen Rückgang in der weiblichen Erwerbsarbeit, der erst Ende 1916 zum Stillstand kam. Erst in der zweiten Kriegshälfte setzte eine beträchtliche Zunahme der Frauenerwerbsarbeit ein. Von großer Bedeutung war aber die Umschichtung, die während der Kriegsjahre in der Art der Erwerbstätigkeit vor sich ging. Eine starke Abwanderung erfolgte aus der Landwirtschaft — allerdings ist auch heute noch nahezu die Hälfte aller erwerbstätigen Frauen darin beschäftigt — und aus den Hausangestelltenberufen. Bereits 1916 waren über eine Million Frauen aus ihrer bisherigen Beschäftigung ausgeschieden, davon allein 500 000 aus der Landwirtschaft und 300 000 aus den Hausangestelltenberufen, und hatten in Industrie, Handel und Gewerbe neuen Erwerb gefunden.

Die Zeit unmittelbar nach dem Kriege war der Ausdehnung der Frauenarbeit nicht günstig, außerdem glaubte man in der Einschränkung der weiblichen Erwerbsarbeit ein Heilmittel gegen die drohende Arbeitslosigkeit gefunden zu haben. Auf Grund der Verordnungen des Demobilisierungskommissars vom 28. März 1919 über die Freimachung von Arbeitsstellen für Kriegsteilnehmer wurde eine große Anzahl weib-

*) Anna Geyer: „Die Frauenerwerbsarbeit in Deutschland.“ Thüringer Verlagsanstalt und Druckerei. 109 S. 2 M.

Das betrogene Bäuerlein.

Von Emil Felden

I.

Jan wohnte in einem Dorfe ganz in der Nähe der Stadt im eigenen Häuslein, das seine Frau, die Trine, die einzige Tochter gewesen war, geerbt hatte. Ein paar Morgen Ackerland gehörten ihm auch. Ein paar Morgen pachtete er hinzu. In der Morgenfrühe raste er auf dem Rade in die Stadt, um in der großen Eisengießerei zu arbeiten. Abends raste er auf sein Dorf zurück, ging aufs Feld, schuftete da bis in die Nacht hinein, seiner Trine helfend, die auch den ganzen Tag auf den Äckern gearbeitet hatte. War die Ernte gut, gediehen die drei Schweine, die sie fett machten, hatten die beiden Ziegen beim Lammern kein Unglück, so konnte Jan seinen Lohn auf die hohe Kante legen. „Schä, man konnte es schon zu was bringen, wenn jeder einzelne Tag und Nacht, Werktags und Sonntags so viel schuftete wie zwei Mann zusammen!“

Jan kam leuchtenden Auges zu Trine, die das Schweinefutter kochte. „Denk mal, was der Herr Graf von Fuchslochhausen ist — der Besitzer vom großen Gut —, der hat mir die Hand gedrückt! Denk mal! Und „lieber Herr Jan“ hat er zu mir gesagt . . . Und „wir Bauern“ — wir Bauern hat er gesagt — müssen bei der Wahl zusammenhalten — damit die Agrarprodukte . . .“

„Wat for Dinger?“ fragte Trine.

„Na — das, was wächst . . . was wir bauen auf'm Land — damit das besser bezahlt werde. „Schä — wir sollten doch ja die Deutschnationalen wählen! Das wären lauter Bauern . . . und die sorgten für die Bauern, „schä . . . und auch für die Ar-

beiter . . . denn die kriegten denn auch höhere Löhne, wenn das Korn und alles andere teurer würde, durch die Schutzölle, für die wir stimmen sollen.“ Trines Augen leuchteten auf. „Schä, Jan, wenn der vornehme Herr dich so etwas gesagt hat, müssen wir's auch machen . . . Denk mal: dein Lohn wird höher, den sparen wir. Was wir brauchen — das wächst uns zu. Dann pachten wir noch 'n paar Morgen Acker zu und verkaufen Korn . . . Denn nächstes Jahr bauen wir nur Roggen, wenn der teurer wird . . .“

Jan dachte zwar an die Kollegen in der Eisengießerei, die ständig über die teuren Zeiten klagten. Würden ihre bleichen siechen armen Kinder, die ihnen tagtäglich das magere, fleisch- und specklose Mittagessen in die Fabrik brachten, nicht noch bleicher werden, wenn das Brot infolge der Schutzölle teurer würde? — Aber „der Lohn wird ja auch höher werden — hat der Herr Graf gesagt! So ist allen geholfen“ — damit drängte er seine Bedenken zurück und beschwichtigte sein Gewissen. Und schließlich: Ist nicht jeder sich selbst der Nächste?

Sonderbar, wie leutselig und freundlich jetzt vor der Wahl der Herr Graf war! Jedem kleinen und kleinsten Bäuerlein, jedem Tagelöhner, den er auf der Landstraße antraf, gab er die Hand und beehrte ihn mit der Mahnung, daß „wir Bauern zusammenhalten und die Schutzölle durchkriegen müssen“ . . . Jan nahm die günstige Gelegenheit wahr und bat den Herrn Grafen um ein Stück Pachtland. Nein, wie waren der Herr Graf freundlich! „Aber selbstverständlich, mein lieber Herr Jan! Sollen Sie haben. Gerne! Das heißt — wenn die Wahlen danach ausfallen natürlich, also, wenn wir Schutzöllner die Mehrheit im Reichstag kriegen. Sonst hat das Landpachten ja keinen Sinn für Sie!“ „Sim — naja. Also! Wir wählen die Schutzöllner.“ sagte Jan zu Trine.

licher Berufstätigen aus ihren bisherigen Arbeitsstätten entlassen. Immerhin ließ sich der weitere Aufstieg der Frauenarbeit auf die Dauer nicht hemmen. Nach den Hauptergebnissen der Krankenversicherung betrug im Jahre 1921 die Zahl der versicherten männlichen Personen 10,6 Millionen, die der weiblichen 6,8 Millionen. Für die in der Industrie beschäftigten Personen geht aus den Statistiken der Gewerbeaufsichtsämter ebenfalls eine Steigerung der erwerbstätigen Frauen hervor. Demnach ist der Anteil der Frauen an der Produktion in den Jahren nach dem Kriege stärker geworden, als er vor dem Kriege war.

Während des Krieges war es den Frauen gelungen, auch in den großen Industrien vorzudringen, und es zeugt für den Wert der weiblichen Arbeit, daß sie die eroberten Arbeitsgebiete zum größten Teil auch nach dem Kriege behaupten konnten. In der Metallverarbeitung waren im Jahre 1920 134 000 Frauen tätig, im Jahre 1907 nur 73 000, im Maschinenbau 160 000 gegenüber 43 000, in der chemischen Industrie 47 000 gegenüber 26 000. Auch im Handelsgewerbe hat die Zahl der erwerbstätigen Frauen bedeutend zugenommen, im Jahre 1920 gehörten der Angestelltenversicherung 875 000 männliche und 620 000 weibliche Mitglieder an.

Ueber die Entwicklung der Frauenarbeit in den freien Berufen, in öffentlichen Diensten und im künstlerischen Gewerbe, worin im Jahre 1907 insgesamt 288 000 Frauen beschäftigt waren, fehlen seit diesem Jahre die genauen statistischen Nachweise, doch ist auf Grund einzelner Erhebungen ohne weiteres anzunehmen, daß die weibliche Erwerbstätigkeit auch in diesen Berufszweigen erheblich zugenommen hat.

Durch die Tätigkeit der Frau in den Kriegsjahren ist die Anschauung von der Unterwertigkeit der weiblichen Berufsarbeit stark erschüttert worden, trotzdem hat der Gedanke der gleichen Bezahlung für gleiche Leistungen noch nicht tief genug Wurzel geschlagen. Noch immer stehen die Löhne der Frauen hinter denen der Männer zurück. Am ungünstigsten liegen die Verhältnisse in der Landwirtschaft, wo auch sonst die rückständigsten Arbeitsbedingungen herrschen. Im Durchschnitt betragen die Löhne der Frauen nur zwei Fünftel der Männerlöhne. In der Industrie schwankt das Verhältnis zwischen 53 und 75 Prozent.

Die Reallöhne der weiblichen Angestellten sind im Verhältnis etwas höher als in vielen anderen Berufen. Nach einer Untersuchung des Statistischen Reichsamtes betrug der Durchschnittsgehalt im Jahre 1913 für männliche kaufmännische Angestellte 161,73 M. monatlich, für weibliche 83,06 M. Setzt man diese beiden Zahlen je gleich 100, so ergibt sich, daß bis zum Januar 1921 die Gehälter der männlichen Angestellten sich auf 662, die der weiblichen dagegen auf 989 steigerten, die Differenz zwischen beiden Lohnklassen hat sich demnach verringert. Wie die abgeschlossenen Tarifverträge der jüngsten Zeit zeigen,

scheint sich auch in anderen Berufszweigen allmählich eine Annäherung zu vollziehen.

Eine solch einschneidende Veränderung im Leben der Frau, wie sie sich aus der Berufsarbeit ergibt, kann natürlich nicht ohne Einfluß auf die geistige Einstellung der Frau bleiben. Auch dieser Seite der Frauenberufsarbeit sucht Anna Beyer in ihrer Schrift nachzugehen und ihre Wirkungen sowohl von sozialen wie kulturpsychologischen Gesichtspunkten zu erhellen. Trotz Einflüssen verschiedenster Art, die es unmöglich machen, von einheitlichen Wirkungen zu reden, zeigt sich unverkennbar als Folge der Berufsarbeit: die wachsende Unabhängigkeit der Frau in der Familie und ihre größere Verbundenheit mit der Gesellschaft. Am ehesten erkennen wir den Einfluß der Berufsarbeit in der veränderten Stellungnahme der Frau gegenüber den wirtschaftlichen und politischen Fragen. Rund 2¼ Millionen Frauen waren im Jahre 1921 gewerkschaftlich organisiert, davon gehörten dem IGOB. etwa 1 518 000 an. Der Zentralverband der Angestellten zählte im Jahre 1921 neben 200 000 männlichen 176 000 weibliche Mitglieder. Zwar entspricht der Einfluß der Frauen in den Organisationen heute noch nicht ihrem zahlenmäßigen Anteil, doch bahnen sie sich auch dort allmählich ihren Weg. Auch die Frauen unterliegen dem Einfluß der Organisationen, die ihr Verständnis für öffentliche Fragen und Aufgaben wecken und stärken.

So wird durch die Berufsarbeit das Leben der Frau immer mehr mit dem Geschick der Allgemeinheit verknüpft. Mit Recht betont Anna Beyer, daß die Frauenberufsarbeit auf die Linie des Fortschritts liege und daß es unsere Aufgabe sein muß, „die Frauenarbeit zu fördern und die sie begleitenden Nachteile zu beseitigen oder wenigstens zu lindern“.

Rundschau.

Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung in Sicht.

Am 28. November nahm der Verwaltungsrat der Reichsarbeitsverwaltung zur Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung Stellung. Die Verhandlungen zwischen den beteiligten Reichsressorts sind noch nicht abgeschlossen. Vorgeschlagen ist eine Erhöhung von rund 15 Prozent der gegenwärtig geltenden Sätze. Die Arbeitervertreter im Verwaltungsrat traten für eine stärkere Erhöhung der Unterstützungssätze ein, wobei besonders Gewicht darauf gelegt wurde, daß die Erhöhung bereits vom 1. Dezember an evtl. rückwirkend erfolgen müsse. Bekämpft wurde noch die große Differenzierung zwischen den drei Wirtschaftsgebieten, insbesondere wurde eine größere Annäherung, am besten völlige Gleichstellung der Gebiete I und II, verlangt. Es ist zu erwarten, daß die neuen Unterstützungssätze in der ersten Dezemberwoche veröffentlicht werden. Die Entscheidung liegt beim Reichsrat, dessen Zustimmung nach der Verordnung erst erfolgen muß.

II.

In jener Nacht träumte er: seine Aecker hätten ungeheure Mengen Korn getragen. Er stand mit den Säcken da und verkaufte sie an die Händler. In seinen Taschen klimperte es: der höhere Lohn war's, den er auf die Sparkasse bringen wollte. Freudelachend ließ er die für den Roggen eingetauschten Goldstücke sich dazugesellen. „Schä, wenn das so fortging, war er bald ein reicher Mann! Die beiden Ziegen waren auch schon fort — zwei Kühe standen im Stall . . . Es klopfte an die Tür. „Manu? Jek, in der Nacht? Jan hatte keine Zeit, sich zu wundern. Die Tür öffnete sich und herein trat eine Frau . . . Herr gott, sah die aus! Jan sträubten sich die Haare vor Entsetzen: ein fast fleischloser Totenkopf grinste ihn an. Die Hände ohne Fleisch . . . die Brüste schlaff, ebenso wie der ausgemergelte Körper, von zerrissenen Lumpen kaum bedeckt . . .

„Wer bist du?“ fragte er zähneklappernd.

„Ich bin die Not!“ sagte tonlos die Gestalt.

„Was . . . was willst du bei mir?“ zitterte Jan.

„Ich komme aus den Häusern deiner Arbeitskollegen. Du hast sie verraten bei den letzten Wahlen, an die Großagrarier, die Schutzollner verkauft. Nun komme ich zu dir — denn du bist jetzt an der Reihe!“

„Ich . . . ich bin aber ein Bauer . . . Du irrst dich im Hause — ich, ich habe mehr Lohn und habe mehr eingenommen für meinen Roggen wie jemals vorher!“

„Ein Narr bist du!“ höhnte die Frau Not. „Beruhige dich, . . . ich bin richtig hier.“

Eie zog die Lumpen aus, daß ihm schauderte ob des verhungerten Körpers, und wollte sich zu ihm ins Bett legen. „Du Das!“ rief Jan, „Trine ist meine Frau!“

„Die war's!“ sagte Frau Not. „Sie ist doch vor Ueber-

arbeitung gestorben — weil sie das höhere Pachtgeld herausarbeiten mußte . . .“

Jan sah sie entsetzt an. Da fuhr Frau Not fort: „Ja, lieber Jan, du hast dich aufs falsche Ross gesetzt, als du für die Schutzollner stimmtest! Für mich hast du damals deine Stimme abgegeben! Und Frau Mangel, Frau Schuld, Herrn Verbrecher und Herrn Tod. Denn wir — weißt du, wir fünf gehören zusammen. Und nun sollst du deinen Lohn haben: ich werde Haushälterin bei dir!“

Jan perlte der Schweiß von der Stirne. „Erkläre mir das alles . . .“ bat er.

„Nichts leichter als das! Du hast Aecker gepachtet. Du mußt aber für die Pacht fast doppelt so viel bezahlen wie früher — denn, sagte der Herr Graf, sie tragen für den Roggen, der darauf wächst, ja auch mehr ein als früher! Ihr habt doppelt und dreifach schufsten müssen, um dies Mehr an Pacht herauszubringen! Weil das Brot teurer werden sollte, haben alle Roggen gebaut und dadurch den Preis heruntergedrückt, den sie vom Händler bekamen, wohl gemerkt! Denn der Händler hat seinerseits den Höchstpreis bekommen, wenn er ihn weiterverkaufte!“

„Aber ich habe doch mehr Lohn bekommen!“

„Dummkopf! Erstens habt ihr zwei Monate streiken müssen, um mehr zu bekommen. Zweitens habt ihr nicht einmal soviel mehr bekommen, als der Unterschied ausmachte, um den alles teurer geworden ist. Denn weil das Brot teurer wurde, ist alles im Preise gestiegen! Nur die Löhne hinken nach. Rechne nach: wenn du deinen „erhöhten“ Lohn in Ware umlegen willst, bekommst du jetzt weniger dafür als früher. Schöne Lohnerrhöhung, das!“

„Wir haben aber die beiden Kühe!“ rief Jan trotzig.

„Saha, deine Kühe! Die Preisse für die Kühe waren doch

Hoffentlich läßt sich der Reichsrat von der unabwiesbaren Notwendigkeit, die Unterstützungssätze stärker zu erhöhen, als bisher vorgesehen ist, überzeugen. Wenn es in Deutschland einen vernünftigen Ausgleich in der Erwerbslosenfürsorge gäbe, und wenn alle Bezirke und Berufe in gleichem Maße zu den Kosten herangezogen würden, dann brauchte selbst bei einer wesentlich stärkeren Erhöhung der Unterstützung keine Erhöhung der Beiträge erfolgen. Es muß endlich der Zustand beseitigt werden, daß infolge mangels eines wirklichen Ausgleichs die am stärksten belasteten Gebiete den höchsten Beitrag und die Gebiete mit gutem Arbeitsmarkt fast keinen Beitrag leisten. Jedenfalls dürfen die Erwerbslosen nicht darunter leiden, daß einzelne Länderregierungen aus Partikularismus einen vernünftigen Lastenausgleich systematisch sabotieren.

Kosten der Arbeitsnachweise.

Nach der Verordnung über die Erwerbslosenfürsorge werden die Kosten der Arbeitsnachweise zu zwei Dritteln aus den Beiträgen der Arbeiter und Unternehmer für die Erwerbslosenfürsorge getragen. Die Arbeiter haben daher ein großes Interesse daran, daß die Gemeindebehörde nicht etwa unberechtigterweise Ausgaben auf die Arbeitsnachweisverwaltung wälzt oder daß die Verwaltungskosten ungebührlich anwachsen. Einige konkrete Beispiele zeigen, daß Gemeinde- oder Landkreisverwaltungen z. B. die Bezüge solcher Angestellten und Beamten, die nur einen Teil ihrer Arbeitskraft dem Arbeitsnachweis oder der Erwerbslosenfürsorge widmeten, voll oder überwiegend in den Etat der Nachweisverwaltung einsetzten. Aufgabe der Verwaltungsausschüsse ist es, darauf zu sehen, daß solcher Unfug unterbleibt. Die Ausschußmitglieder müssen gerade jetzt, wo die Etats für das kommende Jahr beraten werden, diese Etats sehr eingehend prüfen. So wichtig es ist, jede überflüssige Belastung der Arbeitsnachweisverwaltung zu verhindern, weil sie überwiegend aus den Beiträgen gedeckt wird, so sehr muß jedoch auch darauf geachtet werden, daß aus falscher Sparsamkeit die Aufgaben der Arbeitsvermittlung nicht leiden. Gerade die Verwaltungsausschüsse sind berufen, für den Ausbau der öffentlichen Arbeitsnachweise zu wirken.

Erhöhung der Bezüge der Kriegsbeschädigten.

In Anlehnung an die Veränderung der Grundgehälter der Reichsbeamten tritt, wie der Reichsbund der Kriegsbeschädigten mitteilt, mit Wirkung vom 16. 11. an bei den Renten nach dem Reichsversorgungsgesetz eine Änderung ein. Der für die Erhöhung der Versorgungsgebühren maßgebende Prozentsatz ist deshalb nicht der gleiche wie bei der Besoldungsgruppe 1, weil dort nur die Grundgehälter erhöht wurden, während aus Gründen der erleichterten Abrechnung bei den Renten eine prozentuale Erhöhung auf die nach dem Stande vom 1. 8. 24 feststehenden Beträge geschlagen wird. Infolge

der Kürze der Zeit kann bei der Dezemberzahlung Ausgang November die Erhöhung nicht mehr berücksichtigt werden. Bei der Januarzahlung sind dagegen zu gewähren:

1. Grundbetrag für Januar nach dem Stande vom 1. Aug. 1924,
2. 15 Pzt. Erhöhung für Januar,
3. 11 Pzt. Nachzahlung für Dezember,
4. 6 Pzt. Nachzahlung für November,

insgesamt also Grundbetrag plus 32 Pzt. Rentenerhöhung. Beim Reichsarbeitsministerium hat der Reichsbund beantragt, die Versorgungsgebühren für Januar einschl. der rückständigen Erhöhungen schon vor dem Weihnachtsfeste auszuführen.

Das Goldniveau der internationalen Ernährungs-Indeziffern.

Die Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ macht in ihrer Nr. 20 den interessanten Versuch, die internationalen Indeziffern für die Ernährungsindizes im ersten halben Jahr 1924 in Goldwert anzugeben und so einen Vergleich der Schwankungen in den Lebensunterhaltskosten der einzelnen Länder zu ermöglichen. Die Vorkriegszeit ist dabei mit 100 angenommen und bezieht sich meistens auf Zahlen der zweiten Hälfte des Jahres 1914. Die Goldindeziffern belaufen sich in den beiden Monaten Januar und Juli 1924 demnach wie folgt: Deutsches Reich: 127 und 126, Oesterreich (Wien) 94 und 101, Tschechoslowakei 130 und 131, Ungarn 180 und 133, Polen (Warschau) 165 und 139, Finnland 137 und 132, Schweden 160 und 154, Norwegen 121 und 124, Dänemark 122 und 119, Niederlande (Amsterdam) 138 und 134, England 155 und 147, Frankreich 91 und 95, die Schweiz 151 und 158, Italien (Florenz) 124 und 119, Vereinigte Staaten 146 und 140, Kanada 141 und 133, Britisch-Indien 145 und 146.

Wie die Uebersicht zeigt, wiesen im ersten Halbjahr (Januar, Juli) 1924 vornehmlich die Länder, deren Währung eine merkliche Entwertung durchgemacht hat, die niedrigsten Ernährungsindizes auf. Unter den acht Staaten mit den niedrigsten Maßziffern ist kein Land, dessen Währung gegenüber der Vorkriegs-parität nicht um weniger als ein Drittel entwertet wäre. Besonders tief lagen in ihrem Niveau die Maßziffern von Frankreich und Oesterreich. Beide Länder unterschritten sogar in einigen Monaten den Stand vom Jahre 1914. Eine gewisse Ausnahme bildeten mit ihren hohen Goldindeziffern die beiden Inflationsländer Polen und Ungarn. Der Preisstand der Ernährungsindizes in Polen befand sich in der Zeit vom Januar bis Juli 1924 in einer besonders starken Abwärtsbewegung. In Ungarn wirkten sich auch im Goldniveau der Ernährungsindizes die starken Schwankungen aus, in der sich die ungarische Währung in dieser Periode befand. Ein ähnlich wechselvolles Bild zeigen in kleinerem Maßstabe die Maßziffern von Frankreich, dessen Währung in dem ersten Halbjahr 1924 mehrfach Auf- und Abwärtsbewegungen ausgesetzt war.

auch gestiegen — weißt du nicht mehr? Das Kraftfutter war teurer geworden — durch die Zölle, die du hast schaffen helfen. Du hast die Röhre auf Abzahlung kaufen müssen — und das teure Kraftfutter läßt deinen Traum von großen Gewinnen zu Nebel werden . . . Dann sind die Kleider teurer geworden, die Schuhe, die Kohlen, das Licht . . . alles, was du brauchst . . . Weißt du nicht mehr? Du hattest alle deine Mecker mit Roggen besät. Als du beim Herrn Grafen Kartoffeln kaufen wolltest, mußtest du den doppelten Preis anlegen: „Ja, mein lieber Herr Jan, — die sind auch teurer geworden — besonders, weil sich alles auf den Körnerbau gelegt hat! Aber Sie haben ja dafür mehr für Ihren Roggen eingenommen!“ hat er gesagt.

Da schrie Jan voll Entsetzen auf. „So bin ich ein Narr gewesen, als ich die Schutzzöllner wählte . . .“

„Das geht mich nichts an,“ entgegnete Frau Not. „Ich weiß nur, daß du ein armer Teufel geworden bist mit deiner Sabotage . . . Weißt du nicht mehr, was du sagtest, als du an die bleichen Kinder deiner Arbeitskollegen dachtest? „Jeder ist sich selbst der Nächste!“ Na ich auch! Ich will jetzt als Hausfrau bei dir wohnen. Mach Platz!“ Sie riß das dicke, federgefüllte Oberbett herab; ein kalter Luftstrom fuhr über Jans halbentblößten Körper, daß ihn schauderte. Er packte das Oberbett und wollte es wieder über seinen Leib ziehen. Doch Frau Not hielt fest!

„Geh doch zum Grafen, du Gespenst!“ schrie Jan voll Wut. „Der hat mich verführt, daß ich so stimmte! Zu ihm gehörst du!“

Da lachte Frau Not grell auf. „Zum Grafen? Nein, bei dem habe ich nichts zu suchen! Der ist Großagrariere und hat an den erhöhten Kornpreisen rasend verdient — denn die Erhöhung der Löhne, die er nach langen Kämpfen der Landarbeiter bewilligen mußte, waren längst nicht seinem erhöhten

Gewinn entsprechend! Dann hat er seine Mecker fast doppelt so teuer verpachtet als vorher. Endlich aber hat er sein Gut verkauft — mit ungeheurem Gewinn. „Es bringt jetzt so und soviel ein,“ hat er dem vorgerechnet, der es kaufen wollte, „soviel mehr als früher. Diese Rente wird kapitalisiert — und das ist der Preis des Gutes.“ Er hat auch einen Käufer bald gefunden und wohnt jetzt in einer Villa in Baden-Baden. Ja, mein Lieber, es sind jetzt goldene Zeiten für die Großagrariere. Aber bei euch, bei den kleinen Bauern, bei den Arbeitern, bei den Beamten — da regiere ich. Also — mache Platz!“

Sie riß ihm das Federbett aus den Händen und stieg zu Jan ins Bett. Da packte ihn eine sinnlose Wut. „Hure!“ brüllte er und umklammerte ihren Hals mit beiden Händen, sie zu erwürgen. Aber die Frau Not zerfloß wie Nebel — er hielt nichts in den Händen . . . Doch in demselben Augenblick kniete sie ihm auf der Brust und drückte ihm aufs Herz, daß er glaubte, es müßte zerspringen. „Du hast mich, die Not, beschworen — ich komme zu dir und deinen Kollegen! Und bleibe!“ zischte sie. Jan stöhnte auf in Schmerz und Weh . . .

„Jan! Jan!“ rief Trine und schüttelte ihren Mann. Der machte auf und blickte verstört um sich. Ihn fror, denn die Bettdecke war ihm abgerutscht . . .

„Was ist denn nur?“ fragte Trine besorgt. „Du hast geschrien, als solltest du ermordet werden. Entsetzlich war's; ich habe Angst bekommen!“

„Gott sei Dank, du lebst, Trine!“ Er nahm sie in die Arme und küßte sie.

„Ja—Jan . . . was hast du? Bist du nicht klug? . . . Natürlich lebe ich!“

„Ich erzähle es dir morgen, Trine. Aber, das sage ich dir heute schon: Für die Schutzzöllner stimmen wir nicht!“

Unter den Ländern, deren Gold-Mehzziffern für die Ernährungskosten am höchsten lagen, sind fast sämtlich die Staaten vertreten, deren Währung durch den Krieg und seine Folgen nur geringe Einbuße erlitten hat. Abgesehen von Polen und Ungarn, für die besondere Verhältnisse entscheidend sind, ist unter den acht Ländern mit höchsten (Gold-)Mehzziffern keines, dessen Währung gegenüber der Friedensparität eine größere Einbuße als 13 v. H. erlitten hätte.

Steuerabzug von den Heimarbeiterzuschlägen.

Die Zentralleitung des Bekleidungsarbeiterverbandes hatte in Gemeinschaft mit anderen Verbänden und mit dem Arbeitgeberverband der Herren- und Knabenkleiderfabrikanten Deutschlands eine Eingabe an das Reichsfinanzministerium gerichtet, worin dargelegt wurde, daß die den Heimarbeitern auf den Lohn gezahlten Zuschläge nur zur Abgeltung der mit der Heimarbeit besonders verknüpften Aufwendungen dienen sollen und aus diesem Grunde steuerfrei bleiben müssen. Darin hieß es unter anderem:

Während dem Werkstattarbeiter von seinem Arbeitgeber grundsätzlich die Werkzeuge für die Arbeitsleistung unentgeltlich zur Verfügung gestellt und auch in Ordnung gehalten werden, muß der Heimarbeiter von seinem Verdienst die Anschaffungskosten für Nähmaschinen, Bügeleisen, Scheren, Nadeln, Bügelbrettern, Bügelpolstern und sämtlich von einem Schneider sonst benötigte Utensilien tragen, ferner die Kosten der notwendigen Reparaturen, an laufenden Ausgaben diejenigen für Bügelkohle, Gas oder Elektrizität, für Öl, Riemen, sowie für Reinigung, Beleuchtung, Heizung und Instandsetzung der Arbeitsräume. Alle diese Unkosten sollen durch den Heimarbeiterzuschlag abgegolten werden.

Es wurde deshalb beantragt, das Reichsfinanzministerium möge für das ganze Reichsgebiet die Heimarbeiterzuschläge, die nicht als Lohnvergütung anzusehen sind, als steuerfrei erklären. Das Reichsfinanzministerium hat darauf einen längeren Bescheid gegeben, der besagt, daß eine allgemeine Anerkennung der Steuerfreiheit des Heimarbeiterzuschlags nicht ausgesprochen werden könne. In dem Runderlaß vom 24. Januar 1924 habe das Reichsfinanzministerium jedoch zugelassen, daß Vergütungen für bare Auslagen unter bestimmten Voraussetzungen gleichwohl vom Steuerabzug frei bleiben dürfen. Die dort gegebenen Richtlinien stellten die äußerste Grenze dar, bis zu der gegangen werden könne.

Die Landesfinanzämter in Aschaffenburg, Berlin, Breslau, Düsseldorf und Köln haben in der gleichen Sache den Arbeitern entgegenkommende Entscheidungen getroffen. Das Finanzamt Karlsruhe hat auf eine Eingabe des Bekleidungsarbeiterverbandes in dieser Frage folgenden Entscheid erteilt:

Unter den dargelegten Verhältnissen genehmige ich, daß der Heimarbeiterzuschlag bei der Berechnung des einzubehaltenden Steuerabzuges außer Ansatz bleibt. Voraussetzung ist jedoch, daß der gewährte Zuschlag zur Deckungbarer Ausgaben unzweifelhaft erforderlich ist.
J. A.: gez. Hänske.

Heimarbeiterinnen an die Front!

Wo bleiben die Fachauschüsse für Heimarbeit, die in den Orten und Bezirken und für die Berufe, in denen unzulängliche Löhne gezahlt werden, günstigere Löhne festsetzen und über die Arbeitgeber Bußen verhängen können, die sich nicht danach richten?

Vielen, ach nur allzuvielen Heimarbeiterinnen werden unzulängliche Löhne gezahlt; Löhne, die ihnen trotz langer und harter Arbeit kaum das trockene Brot geben. Wo bleiben die Fachauschüsse, die da helfen sollen, daß bessere Löhne gezahlt werden? Es sind doch seit dem Tage, wo der einstimmig vom Reichstag gefasste Beschluß in Kraft getreten ist (1. Juli 1923), bereits mehr als anderthalb Jahre vergangen.

Als Antwort auf die Frage diene folgendes:

Seit über einem Jahre streiten sich die Reichsregierung und die Regierungen der Länder darum, wer die Kosten für die Fachauschüsse aufbringt. Es handelt sich um einen nur geringen Betrag, und es ist auch nicht die Höhe der Summe, um die der Streit geht. Dieser geht einzig und allein um den Grundsatz: wer trägt die Kosten, das Reich oder die Länder oder beide. Der Streit geht also um Staatshoheitsrechte. Die Notlage so unendlich vieler Heimarbeiterinnen, denen die Fachauschüsse Hilfe bringen sollen, spielt für diejenigen, die über Staatshoheitsrechte streiten, keine Rolle. Dabei handelt es sich doch um einen einflussreichen Reichstagsbeschluß.

Die Instanzen, die zur Ausführung des Parlamentsbeschlusses berufen sind, bemühen sich, nicht zu bemerken, den Reichstagsbeschluß vom 1. Juli 1923 zu ignorieren, wenn sie sonst, die Heimarbeiterinnen, die es in der Hauptsache an-

Das Finanzamt München schreibt der „Rundschau“:

Die Heimarbeiter im Bekleidungs-gewerbe erhalten vielfach zur Bestreitung der Unkosten, die ihnen bei der Ausführung der Arbeit in ihren eigenen Werkstätten entstehen, einen Zuschlag von 10 Prozent auf den verdienten Arbeitslohn. Zu den Unkosten rechnen u. a. Miete des Arbeitsraumes, Ausgaben für Heizung und Beleuchtung, Öl, Kohlen, Bügeltücher, Reinigungsmaterial und Abnutzung der Geräte und Maschinen.

Mit Entschliebung vom 10. September dieses Jahres Nr. 38 050, hat sich der Herr Präsident des Landesfinanzamts München damit verstanden erklärt, daß der Heimarbeiterzuschlag in den angegebenen Grenzen bei der Berechnung der einzubehaltenden Steuerbeiträge von vornherein außer Ansatz bleibt.

Hiernon wird Ihnen auftragsgemäß Kenntnis gegeben mit dem Ersuchen um Verständigung der beteiligten Kreise.

Wo es in der Tabakindustrie Heimarbeiterzuschläge gibt, wird es sich empfehlen, durch Eingaben an das Finanzamt zu versuchen, eine ähnliche Regelung herbeizuführen.

Literarisches.

„Die Arbeit“, Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde, Heft 5, vom 15. November 1924, bringt wiederum für die Arbeiter und Angestellten überaus wertvolles Material. So dürfte der Artikel von Epliedt über „Einheitliche Gefahrengemeinschaft in der Arbeitslosenversicherung“ geeignet sein, die Grundlage für die Stellung der Gewerkschaften zu dieser Frage abzugeben. Der Artikel von Wenneke „Das Problem der Arbeit in der angelsächsischen Welt“ zeigt endlich einmal einen wirklichen Ausweg aus der Freundlosigkeit des Arbeiterdaseins. Die eindringlichen Worte von Aufhäuser über „Betriebsrat und Wertsgemeinschaft“ verdienen unbedingt Beachtung. Außerdem enthält die Nummer noch Artikel von Potthoff, Wilbrandt, Seelbach und Albrecht sowie eine reichhaltige Rundschau der Arbeit, darunter auch über die Rechtsprechung im Arbeitsrecht, was den Gewerkschaftsmitgliedern besonders willkommen sein wird. „Die Arbeit“ erscheint monatlich einmal und ist durch jede Buchhandlung, durch Postabonnement oder direkt vom Verlag (Verlags-Gesellschaft des VDSB., Berlin S. 14) zu beziehen.

Gesucht werden:

Zwei qualifizierte Zigarrenarbeiter und ein Wickelmacher nach Württemberg. Nachfragen bei Talmon Groß, Stuttgart-Ostheim, Stuißenstraße 19.

Ein tüchtiger Zigarrenarbeiter nach Regierungsbezirk Merseburg. Nachfragen bei Richard Gerloff, Dresden-N. 1, Magistraße 13, III.

Ein lediger erster Sortierer, der Erfahrung in der Ristmacherei hat, nach der Grenzmark. Nachfragen bei Georg Fischer, Berlin SO. 36, Ratiborstraße 3, I.

Tüchtige, geübte Roller und Wickelmacher und ein Sortierer nach Brandenburg. Nachfragen bei Georg Fischer, Berlin SO. 36, Ratiborstraße 3, I.

gent, kümmern sich darum, wie von den Regierungen wichtige Arbeiterinteressen gewertet werden.

Der Reichstagsbeschluß vom 16. Juni 1923 ist sicher beeinflusst worden von der Rücksicht auf die mit Heimarbeit ihren Lebensunterhalt erwerbenden Wählerinnen. Im Jahre 1911, als es noch kein Frauenwahlrecht gab, stimmten mit Ausnahme von drei bürgerlichen Abgeordneten sämtliche bürgerlichen Parteien des Reichstages geschlossen gegen den Antrag der Sozialdemokraten, Fachauschüsse mit dem Rechte der Lohnfestsetzung für Heimarbeiter zu schaffen. Im vergangenen Jahre durften sie sich das nicht mehr erlauben. Sie hätten sonst den Sozialdemokraten Wählerinnen zugeführt.

Seit dem Juni 1923 aber haben wir die große Not der Inflationszeit erlebt. Sie hat die Menschen, und namentlich die Frauen der besitzlosen Bevölkerungsschicht, zur Verzweiflung gebracht. Die Zeit der großen Not ist von den Bevölkerungsschichten und politischen Parteien, die früher die Macht in Händen hatten, dazu ausgenutzt worden, die Bevölkerung gegen die neue Staatsform und gegen die Sozialdemokratie aufzubringen mit der Absicht, ihre seit dem November 1918 eingeschränkte Macht wieder zurückzuerobern. Das ist ihnen zum Teil gelungen. Auch viele Frauen haben durch ihr Verhalten dazu beigetragen, daß der Einfluß der Sozialdemokraten in den Parlamenten und in den Verwaltungen von Reich und Ländern geringer geworden ist.

Jetzt aber stehen wieder Wahlen vor der Tür, und auch die Heimarbeiterinnen können am 7. Dezember mithelfen, daß das Reichsparlament und die Landesparlamente, die dann gewählt werden, in Zukunft in der Lage sind, die Regierungen zu verurteilen, daß sie sich auch um das Wohl der wirtschaftlich schlechtgestellten Bevölkerungsschicht bemühen.

Bertrud Hanna.